



VERZEICHNIS VON VERARBEITUNGSTÄTIGKEITEN

1. Verantwortliche Stelle

Kinderhospiz-Sternenzelt Mainfranken e. V.

Ergänzende Informationen über die verantwortliche Stelle:

1. Vorsitzender des Vorstandes: **Stefan Zöller**

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht (BayLDA)

Promenade 27

91522 Ansbach

E-Mail: poststelle@lda.bayern.de

2. Anschrift der verantwortlichen Stelle

Kinderhospiz Sternenzelt e. V.

Bahnhofstraße 18

97828 Marktheidenfeld

3. Zweckbestimmung

Im Rahmen ihres Auftrags erhebt, verarbeitet und nutzt das Kinderhospiz Sternenzelt e. V. personenbezogene Daten zu folgenden Zwecken:

- Personaldatenverarbeitung (z. B. Dienstplanung, Schulungen),
- Verarbeitung der Daten ehrenamtlich für den Verein tätiger Personen (Vorstandsmitglieder, Familienbegleiter und Helfer),
- Verwaltung der Kontaktdaten des betroffenen Kindes bzw. von dessen Angehörigen,
- Mitgliederverwaltung,
- Beitragsverwaltung,
- Verwaltung der Kontaktdaten von Spendern, Förderern und Unterstützern,
- Koordination, Abwicklung und Abrechnung von Leistungen externer Dienstleister (z. B. Lohn- und Steuerbüro, Banken und Versicherungen, IT-Dienstleister, Lieferanten, Handwerker),
- Zusammenarbeit mit Krankenhäusern, Pflegediensten etc.
- Qualitätsmanagement- und –sicherungsmaßnahmen



VERZEICHNIS VON VERARBEITUNGSTÄTIGKEITEN

4. Betroffene Personengruppen sowie Kategorien von Daten

Betroffene Personengruppen sind:

- Nutzer und (namentlich erfasste) Interessenten an Unterstützungs-, Betreuungs- und Begleitungsangeboten des Kinderhospiz Sternenzelt e. V.,
- Beschäftigte (auch ehemalige) des Vereins und ggfs. deren Angehörige,
- Bewerber auf freie Stellen des Kinderhospiz Sternenzelt e. V.,
- externe Dienstleister (z. B. Lieferanten) sowie
- Mitglieder und weitere Kooperationspartner.

Daten oder Datenkategorien sind:

- Vor- und Zuname,
- Anrede,
- Ggf. Religionszugehörigkeit,
- Privatanschrift von Beschäftigten des Kinderhospiz Sternenzelt e. V.,
- Telefon- und Faxnummer(n),
- E-Mail-Adresse(n),
- IP-Adresse(n),
- weitere Personaldaten (z. B. Bankverbindung im Zusammenhang mit Gehaltsabrechnung)

5. Empfänger der Daten oder Kategorien von Empfängern

- Mitarbeiter des Kinderhospiz Sternenzelt e. V.,
- Mitarbeiter externer Dienstleister,
- Mitglieder,
- Kooperationspartner,
- Finanzbehörden,
- Sozialversicherungsträger.



VERZEICHNIS VON VERARBEITUNGSTÄTIGKEITEN

6. Regelfristen für die Löschung der Daten

Die personenbezogenen Daten werden regelmäßig nach Wegfall des Speicherungszwecks unter Wahrung der hierfür rechtlich geltenden Aufbewahrungsfristen gelöscht, im Einzelnen:

- An-, Ab- und Ummeldungen der Krankenkasse	6 Jahre
- Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen	1 Jahr
- Beschlüsse Vorstand und Mitgliederversammlung	10 Jahre
- Fahrtkostenerstattungen	10 Jahre
- Förderverfahren ambulantes Hospiz	10 Jahre
- Gehaltslisten, Lohnabrechnung, Lohnsteuerjahresausgleich	10 Jahre
- Geschäftsberichte	10 Jahre
- Geschäftsbriefe	6 Jahre
- Jahresabschlüsse, Bilanzen, Buchungsbelege, Bankauszüge, Bankbelege, Buchhaltung, Gewinn- und Verlustrechnung, Kontoauszüge, Reisekostenabrechnungen, Rechnungen, Unterlagen zu Steuerangelegenheiten u. dgl.	10 Jahre
- Personalunterlagen	3 Jahre
- Schriftverkehr mit den Kranken- und Pflegekassen u. dgl.	6 Jahre
- Spendenbescheinigungen	10 Jahre
- Versicherungspolizen (nach Ablauf der Versicherung)	6 Jahre

7. Sicherheitsmaßnahmen nach Art. 32 DSGVO

Das Kinderhospiz Sternenzelt e. V. hat die gesetzlich vorgesehenen Vorkehrungen zum Schutz personenbezogener Daten getroffen. Diese beziehen sich auf:

- Zugriffskonzepte,
- Zutrittspläne einschl. Schlüsseldokumentation,
- Dokumentationen der Zugänge,
- Datensicherungskonzepte,
- Dokumentation über durchgeführte Rücksicherungstests,
- Verschlüsselungskonzepte, Antivirenkonzepte und
- Dokumentationen der Sicherheitskonfiguration (Firewall, Router, Gateway, Proxy-Server).

Um den Schutz der personenbezogenen Daten nicht zu gefährden, erfolgen an dieser Stelle keine detaillierten öffentlichen Angaben zu den im Einzelnen getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen.



8. Rechte der betroffenen Personen

Der Kinderhospiz Sternenzelt e. V. ist rechtlich verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Den Betroffenen stehen daher folgende Rechte aus der DSGVO zur Verfügung:

a) **Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)**

Mit dem Recht auf Auskunft erhält die betroffene Person eine umfassende Einsicht in die ihn angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 34 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

b) **Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)**

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, unrichtige sie angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

c) **Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO)**

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die sie angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 35 BDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

d) **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)**

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, eine weitere Verarbeitung der sie angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern.

e) **Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)**

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für die betroffene Person, die sie angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.



VERZEICHNIS VON VERARBEITUNGSTÄTIGKEITEN

f) Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Das Recht auf Widerspruch beinhaltet die Möglichkeit für betroffene Personen, in einer besonderen Situation der weiteren Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten zu widersprechen, soweit diese durch die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben oder öffentlicher sowie privater Interessen gerechtfertigt ist. Das Recht gilt gemäß § 36 BDSG nicht, wenn eine öffentliche Stelle durch Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet ist.